



SPD-Kreistagsfraktion , Reeser Landstr. 31, 46483 Wesel

An den
Landrat des Kreises Wesel
Dr. Ansgar Müller
im Hause

0281/207-2006
spd-fraktion@kreis-wesel.de
Wesel 27. April 2020/im

An die/den
Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppe z. K.

Resolution für einen Rettungsschirm für Kommunen in der Coronakrise
Antrag für den Kreisausschuss am 23.06.2020, Kreistag am 25.06.2020

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

die Maßnahmen des Bundes und der Länder zur Eindämmung des Coronavirus haben das öffentliche Leben weitestgehend heruntergefahren. Wir als SPD-Kreistagsfraktion bekennen uns zur Notwendigkeit der ergriffenen Maßnahmen und unterstützen die Verwaltung in der Umsetzung dieser Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Diese zeigen jedoch bereits jetzt massive Auswirkungen auf die Wirtschaft, die sich mit Fortdauern der Maßnahmen deutlich verschärfen werden. Trotz umfangreicher Rettungsschirme für die Unternehmen durch Bund und Land steht die Wirtschaft vor einer tiefen Rezession. Im Zuge dieser Entwicklung werden auch die Kommunen schwerwiegende Einbrüche bei allen Steuerarten verzeichnen, allen voran bei der Gewerbesteuer.

Gleichzeitig sichern der Kreis und die Kommunen die in der Krise so wichtige Infrastruktur und haben erhebliche Mehraufwände, beispielsweise für die Beschaffung wichtiger Schutzmaterialien. Einnahmeverluste öffentlicher Einrichtungen, z.B. aufgrund der Aussetzung der Kita-Gebühren, verringern den finanziellen Handlungsspielraum zusätzlich. Hinzu kommen steigende Sozialkosten. Daneben droht auch vielen kommunalen Unternehmen die finanzielle Schieflage, die bislang mit ihren Ausschüttungen einen positiven Beitrag zu den Kommunalfinanzen leisten konnten.

Bisher bietet das Land NRW nur „Buchgeld“ statt echter Hilfe an. Den Kommunen soll „erlaubt“ werden, für die Corona-Finanzlöcher Kredite für die nächsten 50 Jahre aufzunehmen. Damit wird das Defizit in den kommunalen Haushalten auf die kommenden Generationen verschleppt. Ein solch unverantwortliches Handeln wollen und können wir nicht verantworten. Die jahrelangen erfolgreichen Konsolidierungsbemühungen dürfen nicht wirkungslos werden und die teilweise wiedergewonnene Handlungsfähigkeit der Kommunen nicht wieder verloren gehen. Wenn der Bund und das Land jetzt nicht handeln, wird die Corona-Krise zu einer kapitalen Finanzkrise in den Kreisen, Städten und Gemeinden in unserem Land führen. Der Kreistag Wesel soll sich daher den Forderungen des

Landkreistages Nordrhein-Westfalen nach einem Ausgleich der Pandemiefolgen anschließen. Der Kreis Wesel braucht eine klare Zusage darüber, wann und in welcher Höhe er mit Zuschüssen aus dem 25-Milliarden-Euro-Hilfspaket des Landes NRW rechnen kann.

Zudem muss endlich auch die seit vielen Jahren diskutierte Entschuldung der Kommunen im Bereich der Kassenkredite, verbunden mit einem nachhaltigen strukturellen Ausgleich der Ergebnishaushalte, umgesetzt werden.

Der Bund muss zusätzliches Geld bereitstellen.

Wir als SPD-Kreistagsfraktion bringen daher folgende Resolution ein, die der Kreistag Wesel beschließen soll:

„Der Kreistag Wesel fordert den Bund und das Land NRW auf, einen Rettungsschirm für Kommunen zu spannen und umgehend Lösungsvorschläge zur Stärkung der kommunalen Finanzen vorzulegen.“

Mit freundlichen Grüßen



Gerd Drüten
Vorsitzender